

Diese Woche im Plenum: Abstimmung zur EU-Urheberrechtsreform

## „Freie Verlinkung und private Nutzung bleiben unangetastet“

Ich werde wohl das Verhandlungsmandat unseres Rechtsausschusses diese Woche im Plenum bestätigen, will mich aber gern nochmals mit den Gegenargumenten so vieler Bürgerzuschriften auseinandersetzen.

Die Kritik, die die Grünen-Abgeordneten am Entwurf des Rechtsausschusses des EU-Parlaments üben, lasse ich nicht gelten! Weder stimmt es, dass die Urheberrechtsreform die Meinungs- und Informationsfreiheit gefährdet, noch dass künftig eine massenhafte „Internetzensur“ stattfinden wird. Wer solchen Unsinn verbreitet, hat sich mit dem Textentwurf gar nicht richtig auseinandergesetzt.

Die freie Verlinkung von Webseiten bleibt unangetastet und die private Nutzung ausdrücklich weiter möglich – das hat unser Rechtsausschuss in dem verabschiedeten Kompromiss extra noch einmal klargestellt. Uns geht es lediglich darum, die Ausbeutung der Medien- und Kulturschaffenden durch Großkonzerne wie Google zu stoppen. Wir wollen eine faire Vergütung der Urheber im Internet, und eine faire Vergütung aller, die die Verbreitung die-

ser geschützten Leistung ermöglichen. Journalisten und Künstlern, die von ihrer kreativen Arbeit nicht mehr leben können, weil ihre Leistungen nicht angemessen vergütet werden, müssen wir zu ihrem Recht verhelfen.

Für mich ist es nur logisch, dass Web-Portale wie Google News nicht ohne Erlaubnis Überschriften oder kurze Ausschnitte von Presstexten in ihren Ergebnissen anzeigen dürfen. Im deutschen Leistungsschutzrecht gilt dieser Passus übrigens schon seit fünf Jahren. Es geht in der neuen EU-Richtlinie vor allem darum, den Presseverlagen das gleiche Recht einzuräumen, wie es schon für die Musik- oder Filmbranche üblich ist – nämlich dass sie als Rechteinhaber im Rahmen des EU-Urheberrechts anerkannt werden. Und übrigens: Jeder Presseverlag kann ja dann selbst entscheiden, ob er dieses Recht in Anspruch nimmt und eine Lizenzgebühr verlangt oder ob er die Nutzungserlaubnis umsonst erteilt. All denen, die mir geschrieben haben, danke ich und frage sie zugleich: Ist es wirklich Ihre Absicht, die Ausbeutungsmentalität großer Plattformen zu unterstützen? Wenn ja, dann vergessen Sie oben angeführte Argumente.

Europäisches Freiwilligenkorps

## EU-Freiwilligendienst soll bald weltweit möglich sein

Die EU-Kommission und das Parlament haben sich darauf verständigt, das Europäische Freiwilligenkorps weiter auszubauen. Künftig soll das bewährte EU-System für humanitäre Hilfe, das bisher unter dem Namen „EU-Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe“ funktionierte und Freiwilligentätigkeiten außerhalb der EU anbietet, in das Korps integriert werden. Es rundet damit die bestehenden Angebote des Solidaritätskorps ab, sich einzeln oder als Grup-

pe zu engagieren, ein Praktikum zu absolvieren oder eine Arbeitsstelle in einem Solidarsektor innerhalb und außerhalb Europas zu finden. Wir haben vereinbart, zwischen 2021 und 2027 insgesamt rund 1,26 Milliarden Euro für das neue EU-Freiwilligenkorps bereitzustellen. Damit könnten 350.000 junge Menschen teilnehmen. Bisher haben sich 64.000 junge Menschen für eine Teilnahme an dem Programm angemeldet, 5000 davon aus Deutschland.

## Aus dem Europäischen Parlament

Sparmaßnahmen und Strukturreformen in Griechenland machen sich positiv bemerkbar

### „Deutschland ist einer der größten Profiteure der Milliardenhilfen“

**Griechenland verlässt nach acht Krisenjahren das Euro-Rettungsprogramm und steht ab August finanziell wieder auf eigenen Beinen.**

Das sind doch wirklich gute Neuigkeiten, finde ich! Das Modell „Kredite gegen Reformen“ hat sich – wie schon bei anderen EU-Ländern – wieder einmal bewährt. Zum Abschluss des Rettungsprogramms erhalten die Griechen, die weiterhin hochverschuldet sind, noch einmal 15 Milliarden Euro an Krediten als Finanzpolster und Schuldenerleichterungen. Das haben die Euro-Finanzminister vor wenigen Tagen beschlossen. Im Gegenzug verpflichtet sich Athen zur Fortsetzung des Spar- und Reformkurses. Griechenland war 2010 am Rande einer Staatspleite und seitdem auf die Unterstützung der europäischen Partner und des Internationalen Währungsfonds angewiesen. Als Gegenleistung für vergünstigte Kredite in Höhe von knapp 274 Milliarden Euro musste das Land Sparprogramme und Strukturreformen auflegen. Zwar ist noch immer jeder Fünfte in Griechenland arbeitslos und die staatliche Verschuldung liegt bei knapp 180 Prozent der Wirtschaftsleistung, doch mittlerweile verzeichnet das Land wieder Wirtschaftswachstum und Haushaltsüberschüsse. Es ist also auf dem richtigen Weg! Übrigens ist Deutschland entgegen der landläufigen Mei-

nung einer der größten Profiteure der Milliardenhilfen zur Rettung Griechenlands. Wir haben seit 2010 insgesamt 2,9 Milliarden Euro an Zinsgewinnen verdient. Diese stammen vor allem aus den Ankäufen griechischer Staatsanleihen im Rahmen des „Securities Market Programme“ (SMP) der Europäischen Zentralbank. Die Bundesbank hat bis 2017 rund 3,4 Milliarden Euro an Zinsgewinnen aus den SMP-Käufen erzielt, nur 2013 und 2014 wurden davon etwa 900 Millionen Euro an den Euro-Rettungsschirm ESM und an Griechenland abgeführt. Unterm Strich macht das einen Gewinn von 2,5 Milliarden Euro, der in den Bundeshaushalt geflossen ist. Hinzu kommen noch Zinsgewinne von 400 Millionen Euro aus einem Darlehen der Förderbank KfW.

**! Positive Nachrichten auch aus Frankreich:** Nach neun Jahren ist das EU-Verfahren gegen Frankreich wegen zu hoher Haushaltsdefizite offiziell beendet. Damit endet der jahrelange Dauerstreit zwischen Paris und „Brüssel“ über zu hohe Staatsausgaben bei zu geringem Wirtschaftswachstum. Dreimal wurde dem Land mehr Zeit eingeräumt, um seine Finanzen zu sanieren. Letztes Jahr wies Frankreich eine Neuverschuldung von 2,6 Prozent der Wirtschaftskraft aus und lag damit erstmals seit 2007 unter der vereinbarten Drei-Prozent-Schwelle.

#### Zahl der Asylanträge weiter rückläufig

Die Anzahl der Asylanträge in der EU geht weiter zurück. Das belegen Zahlen, die das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) veröffentlicht hat. Demnach setzte sich in den ersten vier Monaten in 2018 der rückläufige Trend aus dem Jahr 2017 fort: zwischen Januar und April 2018 beantragten rund 197.000 Personen internationalen Schutz in der EU. Damit bleiben die Zahlen unter dem Niveau der letzten drei Jahre. 2017 betrug die Antragszahl insgesamt 728.470, was einem deutlichen Rückgang um 44 Prozent gegenüber 2016 entsprach, als knapp 1,3 Millionen Menschen einen internationalen Schutz beantragten. Auch 2018 waren Syrien, Irak und Afghanistan die Hauptherkunftsländer der Antragsteller.

#### Schnellere militärische Krisenintervention

Neun EU-Staaten, darunter Deutschland, wollen künftig in Krisensituationen schneller militärisch eingreifen können. Die Verteidigungsminister haben die Erklärung zur sogenannten Interventionsinitiative unterzeichnet. Sie soll über eine deutlich engere Zusammenarbeit zwischen den Generalstäben eine schnellere militärische Reaktion in Krisensituationen ermöglichen. Diese könnte im Rahmen von kurzfristig vereinbarten Koalitionen, aber auch im Rahmen von EU, Nato oder UN erfolgen. Ziel der Interventionsinitiative sind zunächst gemeinsame Übungen und ein Austausch zwischen den Generalstäben. Die Initiative steht auch weiteren Ländern offen, Italien hat bereits angekündigt, sich anschließen zu wollen.

## Aus meinem Wahlkreis

### Berufsaktionstag „Transport, Verkehr, Logistik“: Die Sorge um die drittgrößte Branche unseres Landes treibt mich um **„Auch Sie können helfen! Werden Sie aktiv! Jetzt.“**

Eine gemeinsame Veranstaltung von Berufs-Bildungs-Zentrum Nordhausen, Agentur für Arbeit Nordhausen und Bundesverband Güterverkehr, Logistik und Entsorgung nahm ich zum Anlass für einen Aufruf.

Vor wenigen Tagen durfte ich zum achten Mal aktiv am Berufsaktionstag Transport, Verkehr, Logistik in Nordhausen teilnehmen. Der Präsident des Bundesamtes für Güterverkehr, Andreas Marquardt, bestätigte meine Aussage: „Es ist die in Qualität und Umfang deutschlandweit bedeutendste Aktion ihrer Art“. Hauptziele sind die Gewinnung von Fachkräftenachwuchs und die bessere Kooperation regionaler und überregionaler Partner im mitteleuropäischen Raum. Durch außergewöhnliche Angebote, Anreize und eine Kultur des Zugehens auf Bürgerinnen und Bürger unter dem Motto „Finde Deine Zukunft in der Verkehrs- und Logistikbranche!“ wurde Ausbildungsinteresse bei Unternehmen wie bei potentiellen Auszubildenden geweckt. Mitmachangebote, die Berufsorientierung erlebbar machen, standen im Mittelpunkt. Mein Grußwort war voller Lob.

Doch ich konnte mit meiner Besorgnis nicht hinterm Berge halten. Zum ersten Mal bin ich besorgt, sehr besorgt! Es ist eine verrückte und verdammt heiße, ja, gefährliche Zeit. Dabei denke ich nicht nur an Trump, Putin und Erdogan. Und da denke ich auch nicht nur an unsere Regierung in Berlin. Dabei denke ich vor allem an anstehende gesetzliche Regelungen für unsere Transport-, Verkehrs- und Logistikbranche im Binnenmarkt EU.

Die kommenden Tage sind für die europäische, besonders

aber für die deutsche Verkehrs- und Logistikbranche von existenzieller Bedeutung. Weil ich mir große Sorgen mache, möchte ich Sie ermutigen, jetzt für diese Branche zu lobbyieren. Nicht in drei Wochen oder gar später, jetzt ist die Zeit! Eine knappe Mehrheits-Abstimmung im Verkehrsausschuss des EU-Parlaments hat vor wenigen Wochen die Weichen zur völligen Liberalisierung des Güterverkehrs gestellt, ohne die Rahmenbedingungen anzugleichen. Das entspricht de facto, den viel beklagten, heutigen unlauteren Wettbewerb durch Billiglohnländer zu legalisieren!

Aufgrund meiner Initiative hat eine Mehrheit unseres Hauses das Ergebnis des Verkehrsausschusses gekippt. Nun kann diesen Mittwoch im Plenum darüber diskutiert und auch über neue Änderungsanträge abgestimmt werden. Meine Kompromissvorschläge liegen auf dem Tisch. Ihre Mehrheitsfähigkeit ist noch lange nicht gesichert. Ich will nicht, dass Lkw-Fahrerinnen und -Fahrer für Tiefstlöhne und ohne soziale Absicherung quer durch Europa fahren! Ich will, dass Sozialdumping und Nomadentum der Vergangenheit angehören. Ich will faire, transparente Spielregeln – nicht nur beim Fußballspielen – sondern vor allem in der realen Welt. Wenn Sie das auch wollen, dann helfen Sie. Sie haben jetzt die Chance, auf die Abgeordneten im EU-Parlament zuzugehen und ihnen Ihre Belange, Sorgen, Ängste, Hoffnungen und Anregungen darzulegen. Wir können Ihre Interessen nur vertreten, wenn wir sie kennen. Die Kontaktdaten aller deutschen Abgeordneten finden Sie auf der Website des EU-Parlaments: <http://www.europarl.europa.eu/meps/de/search.html?country=DE>



**Bio-Preis Thüringen 2018:** Das Thüringer Landwirtschaftsministerium lobt den „Bio-Preis Thüringen“ aus. Ziel ist es, die Vielfalt und die Besonderheiten der Thüringer Bio-Angebote bekannt zu machen. Mit dem Wettbewerb werden beispielgebende und pionierhafte Leistungen der Thüringer Biobranche ausgezeichnet. Gesucht werden die besten Produkte in den Kategorien „unverarbeitetes Bioprodukt“ und „verarbeitetes Bioprodukt“. Für die dritte Kategorie („Konzept für die Vermittlung der Werte des ökologischen Landbaus“) können Ideen eingereicht werden, die Kinder, Jugendliche oder Erwachsene für Bioprodukte begeistern. Konzepte können auch aus den Bereichen Tourismus, Veranstaltungen oder Soziale Landwirtschaft stammen. Der Wettbewerb ist mit Preisgeldern von insgesamt 13.500 Euro dotiert. Die Gewinner werden im Rahmen der „Grünen Tage Thüringen“ auf der Messe Erfurt im September bekanntgegeben. Bewerbungsschluss ist der 7. Juli. Ausführliche Infos unter: <https://bit.ly/2KhJ7RB>

## Service und Termine

### ★ ASEF Summer University 2018

Die diesjährige ASEF Summer University findet vom 12. bis 23. September in Kroatien und Slowenien statt und widmet sich dem Thema „Sustainable Tourism: Youth Driving Green Growth“. Bewerben können sich Studierende und Berufseinsteiger zwischen 18 und 30 Jahren mit einem Interesse an nachhaltigem Tourismus und Green Economy-Ansätzen. Unterkunft, Verpflegung und ein Reisekostenzuschuss werden von den Organisatoren gestellt. Bewerbungen sind online bis zum 3. Juli möglich. Mehr unter: <https://bit.ly/2Jkvu3s>

### ★ Internationale Jugendbegegnung „Media-Gration“

Die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) laden vom 3. bis 25. August alle Jugendlichen zwischen 15 und 17 Jahren zur internationalen Jugendbegegnung „Media-Gration – Filme gegen Vorurteile“ in Frankreich ein. Dabei werden sich die Jugendlichen drei Wochen lang intensiv mit ihren Erfahrungen zum Thema Medien und Vorurteile auseinandersetzen und schließlich einen Film gegen rechte Parolen und Vorurteile drehen. Den Veranstaltungsflyer gibt's hier: <https://bit.ly/2Kd02Vf>

### ★ Weltweite Auslandsaufenthalte für Berufsschüler

Im Juli beginnt die neue Antragsrunde für das Förderprogramm „AusbildungWeltweit“. Ob China, USA, Indien oder auch die Schweiz – über „AusbildungWeltweit“ können Zuschüsse für praxisorientierte Aufenthalte in allen Ländern beantragt werden, die nicht zum Programm Erasmus+ gehören. Schon jetzt können neue Anträge mit den Vorlagen auf der Webseite vorbereitet werden. Am 5. September endet dann die Frist für Aufenthalte zwischen November 2018 und Oktober 2019. Infos zum Förderantrag gibt es hier: <https://bit.ly/2IA15ZH>

### ★ AJA-Stipendien für internationalen Schüleraustausch

Die Bewerbungsphase für Stipendien für den internati-

onalen Schüleraustausch ist geöffnet. Die sechs Organisationen des Arbeitskreises gemeinnütziger Jugendaustausch (AJA) vergeben für das Programmjahr 2019/2020 Teilstipendien im Wert von maximal 50 Prozent des jeweiligen Preises für ein Schuljahr oder Schulhalbjahr in einem von über 50 Ländern weltweit. Ziel von AJA und seinen Mitgliedern ist es, möglichst allen Jugendlichen eine Austausch Erfahrung zu ermöglichen. Dazu gehören Austauschprogramme für alle Schulformen in Deutschland sowie die Förderung von Jugendlichen, die sich einen Schüleraustausch finanziell nicht leisten können. Bewerbungsfrist ist der 15. November. Mehr Informationen gibt es hier: <http://aja-org.de/aja-stipendien/>

### ★ Förderung für frühkindliche Demokratiebildung

Bis zum 15. Juli sind Bewerbungen für den neuen Mikroförderfonds des Deutschen Kinderhilfswerkes für die frühkindliche Demokratiebildung möglich. Mit diesem Förderfonds unterstützt das Deutsche Kinderhilfswerk die Beschaffung von Praxismaterialien sowie die Inanspruchnahme von Teamfortbildungen. Die Mikroförderung beträgt bis zu 1000 Euro. Bewerbungsschluss ist der 15. Juli. Weitere Infos zur Antragstellung und zu den Förderrichtlinien erhalten Sie hier: <https://bit.ly/2Krm8iM>

### ★ Wettbewerb „Nachhaltige urbane Logistik“

Der Lieferverkehr in den Städten nimmt weiter zu und belastet die Umwelt. Lastenräder, Elektrofahrzeuge und kleine dezentrale Logistikstandorte können daher einen wichtigen Beitrag zu mehr Umwelt- und Klimaschutz in der Stadt leisten. Um solche Beispiele bekannt zu machen und neue innovative Ideen anzustoßen, hat das Bundesumweltministerium jetzt gemeinsam mit dem Umweltbundesamt den Bundeswettbewerb „Nachhaltige urbane Logistik“ gestartet. Der Preis ist dotiert mit Geldern in Höhe von insgesamt 70.000 Euro. Bewerbungsschluss ist der 15. Juli. Mehr Infos unter: <https://bit.ly/2x5cGj7>

Für Sie in Europa

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP  
Europabüro  
Frauenplan 8  
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07  
Fax 03643 50 10 71  
[www.europaabgeordneter.eu](http://www.europaabgeordneter.eu)  
[info@europaabgeordneter.eu](mailto:info@europaabgeordneter.eu)  
[www.facebook.com/europaabgeordneter](https://www.facebook.com/europaabgeordneter)



CDU



## Mehr Sicherheit auf den Straßen von Europa

### Was ist das Mobilitäts-Paket?

Die EU-Kommission schlägt die europäischen Gesetze vor.

Sie hat jetzt den 3. Teil von dem Mobilitäts-Paket vorgestellt.



Das Mobilitäts-Paket ist eine Sammlung von Gesetzen, die den Verkehr in Europa sauberer, sicherer und automatisierter machen.

Automatisiert heißt: Die Autos übernehmen selbständig Aufgaben, die sonst der Mensch macht. Sie bremsen zum Beispiel von allein, wenn es nötig ist.

Oder sie fahren um ein Hindernis herum, das sie erkannt haben.

### Um was geht es in dem 3. Teil?

Der 3. Teil von dem Mobilitäts-Paket ist für mich der allerwichtigste Teil.

Darin geht es um die Sicherheit im Straßen-Verkehr.



Ich selbst habe Vorschläge für diesen Teil von dem Mobilitäts-Paket gemacht.

Die anderen EU-Abgeordneten haben meine Ideen gut gefunden.

Deswegen hat die EU-Kommission meine Gesetzes-Vorschläge mit in das Mobilitäts-Paket hineingeschrieben.

### Meine Vorschläge

Ich will, dass in alle neuen Fahrzeuge spezielle technische Systeme eingebaut werden müssen. Zum Beispiel ein Notbrems-Assistent, der Fahrräder

und Fußgänger von allein erkennt.

Diese Technik macht, dass das Fahrzeug von alleine bremsst, wenn vor ihm ein Fahrrad oder Fußgänger auftaucht.



Bei neuen Lkw und Bussen soll ein Abbiege-Assistent eingebaut werden.

Ein Abbiege-Assistent hält das Fahrzeug beim Abbiegen sofort an, wenn im toten Winkel ein Mensch steht oder mit dem Fahrrad fährt.

Der tote Winkel ist ein Bereich im Außen-Spiegel von einem Fahrzeug, den man als Fahrer nicht sehen kann.

### Ein paar Zahlen zu Verkehrs-Unfällen

Jedes Jahr sterben auf den europäischen Straßen bei Verkehrs-Unfällen über 25 Tausend Menschen.

135 Tausend Menschen werden verletzt.

Etwa 9 von 10 Unfällen passieren, weil ein Mensch nicht aufgepasst hat.



Jeder 2. Fahrrad-Unfall mit einem Lkw passiert, nachdem der Lkw rechts abgebogen ist.

### Die Zukunft

Wenn alle Lkw einen Abbiege-Assistenten haben, wird es solche Unfälle zum Beispiel nicht mehr geben.

Deswegen hoffe ich, dass wir die neuen Gesetze im Sommer im nächsten Jahr unterschreiben können.

Die neuen Gesetze werden aber erst ein paar Jahre danach richtig gelten.

